Zeitschrift: Bericht über die Verhandlungen der Zürcherischen Schulsynode
Herausgeber: Zürcherische Schulsynode
Band: 159 (1992)

Artikel: III. Protokoll der 159. ordentlichen Versammlung des Kantons Zürich
Autor: Hofmann, Ruth
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-743717

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

III. Protokoll der 159. ordentlichen Versammlung der Schulsynode des Kantons Zürich

Montag, 29. Juni 1992, 8.15 Uhr
Gemeindesaal, Gemeinschaftszentrum Zumikon

Geschäfte:

1. Eröffnungsgesang
2. Eröffnungswort des Synodalpräsidenten
3. Grussadresse des Gemeindepräsidenten von Zumikon, Herr Felix Müller
4. Begrüssung der neuen Mitglieder
5. Ehrung der verstorbenen Synodalinnen und Synodalen
6. Eröffnung der Preisaufgabe 1991/1992
7. Musikvortrag
   Four Folksongs from All Over the World – Vier Volkslieder aus aller Welt
8. Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare durch den Erziehungsdirektor
9. Musikvortrag
   Three Folksongs of Friendship and Unity – Drei Lieder von Freundschaft und Einigkeit
10. Der Erziehungsdirektor hat das Wort
11. Berichte

11.1 Geschäftsbericht 1991 der Direktion des Erziehungswesens

11.2 Jahresbericht 1991 der Schulsynode
(Beilage zum Schulblatt 6/92)

11.3 Protokoll der Verhandlungen der Prosynode 1992
(Veröffentlichung im Schulblatt 6/92)

12. Anträge der Prosynode an die Synode
    (siehe Protokoll der Prosynode, Schublatt 6/92)

Pause

13. Bildungspolitik der kantonalen Parteien

13.1 *Kurzreferate* von Vertreterinnen und Vertretern der Kantonalparteien mit Fraktionsstärke im Kantonsrat:

CVP Leo Lorenzo Fosco
EVP Walter Kramer
FDP Peter Aisslinger
GP Thomas Büchi
SP Doris Gerber
SVP Irene Enderli

13.2 *Gespräch* unter der Leitung von:
Dr. Anton Strittmatter, Chefredaktor der Schweizerischen Lehrerzeitung

14. Schlusswort des Synodalpräsidenten

15. Schlussgesang

1. Eröffnungsgesang

Der neu amtierende Synodaldirigent Jürg Rüthi, Lehrer an der Kantonsschule Rychenberg in Winterthur, eröffnet mit einem Instrumentalensemble seiner Schule die Synodalversammlung. Drei Geigerinnen, ergänzt durch ein Bodhran und begleitet auf dem Flügel durch den Synodaldirigenten, spielen «Sarabanda e Aria», Evaristo Felice dell'Abaco, 1675–1742

Es folgt für alle Anwesenden ein zweistimmiger Sommerkanon aus England, vermutlich aus dem 1. Jahrhunder: «Sana Sananina», Robert Sund.

2. Eröffnungwort des Synodalpräsidenten

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Gäste
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Synodalpräsident darf an dieser Versammlung jeweils ein Eröffnungwort sprechen. Dazu gibt es ein klassisches Muster: man verknüpft aktuelle Themen des Schulwesens, stellt sie in einen grösseren Zusammenhang, macht dann einige kritische Anmerkungen und verteilt noch ein paar Blumen.

An Themen würde es wahrlich nicht fehlen. Ich erlaube mir heute eine Variante, welche einerseits bewusst summarisch, andererseits sehr persönlich ist.

Ich arbeite jetzt bald fünf Jahre im Synodalvorstand mit und konnte dabei viele interessante Einblicke in das gesamte Schulwesen gewinnen. Gleichzeitig bin ich aber immer noch Lehrer; ich übe diesen Hauptberuf auch sehr gerne aus. Die Arbeit als Lehrer ist meistens spannend, gelegentlich sogar mit sichtbaren Erfolgen belohnt. Solche direkte, positive Erlebnisse lassen den Lehrerberuf in einem angenehmen Licht erscheinen; hier sind wir Lehrerinnen und Lehrer gegenüber Behörden und Verwaltung klar privilegiert.

Die Kehrseite? Ja, es gibt sie auch. Gelegentlich komme ich an der Kantonsschule mit Schülerinnen und Schülern der oberen Klassen ins Gespräch über Aspekte der Studien- und Berufswahl. Manche haben zwar ein Studienziel, trauen sich aber die Bewältigung der inhaltlichen Schwierigkeiten nicht recht zu. Mit Überzeugung kann ich den meisten solchen Maturanden sagen: Ja, tun Sie das, wenn Sie sich einsetzen, wird es klappen. Wenn man mir aber das Berufsziel «Lehrerin» oder «Lehrer» nennt, werde ich stutzig. Da geht es nicht mehr nur um meine Ein-

schätzung der persönlichen Fähigkeiten des Schülers, es geht plötzlich auch um das Berufsbild. Zu meiner persönlichen Berufsauffassung gehört es, gegenüber fragenden, suchenden Jugendlichen ehrlich zu sein. Wenn ich aber ehrlich bin, kann ich den Einstieg in den Lehrerberuf nicht wärmstens empfehlen.

Verstehen Sie mich recht: der Beruf ist immer noch sehr ansprechend; viele Rahmenbedingungen zur Berufsausübung hingegen sind, nach meiner Wahrnehmung, schleichend schlechter geworden. Beispiele kennen Sie selber, ich will hier nur zwei erwähnen:

a) Die Erwartungen der Eltern sind hoch, das ist in Ordnung so. Die Erwartungen werden heutzutage laut geäussert, auch das ist richtig. Die Erwartungen sind aber auch sehr widersprüchlich, und damit umzugehen ist schier unmöglich.

b) Der Wirtschaftsteil einer Tageszeitung handelte kürzlich auf rund 40 einspaltigen Zeilen Lehrerlöhne im internationalen Vergleich ab. Einziges Kriterium sind die bezahlten Dollar, der Artikel sieht aus wie eine Notiz zu den Kartoffelpreisen oder zu den Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt.

Ich beklage mich nicht über meine heutigen Rahmenbedingungen, sie sind nicht unerträglich. Sollte sich aber die Tendenz der letzten 25 Jahre in den nächsten 40 Jahren fortsetzen, werden nur noch ganz seltene Exemplare von Lehrerinnen und Lehrern diesem Beruf längere Zeit treu bleiben.

Diese für mich negative Entwicklung ist nicht einfach wenigen Personen oder Institutionen anzulasten; viele haben leider, bewusst oder unbewusst, mitgeholfen, auch Lehrerinnen und Lehrer selber. Mein wichtiges Anliegen ist es, dass dieser Trend gestoppt und gekehrt werden kann, um den Lehrerberuf wieder attraktiv werden zu lassen. Denn ich bin überzeugt: glückliche Lehrerinnen und Lehrer machen eine gute Schule. Vielleicht bringt uns die heutige Versammmlung, zum Beispiel die Diskussion mit den Politikerinnen und Politikern, diesem Ziel einen kleinen Schritt näher.

In diesem Sinne erkläre ich die 159. ordentliche Versammlung der Zürcher Schulsynode für eröffnet.

Ich habe die Ehre, eine grosse Zahl von Gästen begrüssen zu dürfen

Den Regierungsrat und Erziehungsdirektor Dr. Alfred Gilgen; die Mitglieder des Erziehungsrats; Vertretungen des Kantonsrats; den Gesprächsleiter, Dr. Anton Strittmatter; die Referentinnen und Referenten; die Präsidentin der Bezirksschulpflege Meilen, Madelon Laib; den Gemeindepräsidenten von Zumikon, Felix Müller; die Vertreterin der Schulpflege Zumikon, Mei Speck; den Headmaster der Intercommunity School; den Abgeordneten der Universität, Dr. Mark Greuter; den Rektor der Universität, Prof. Dr. Hans Heinrich Schmid; die Vertretungen der Mittelschulen und höheren Lehranstalten, der Schulkapitel, der freien Lehrerorganisationen und der Lehrmittelkommissionen; den Leiter des Lehrmittelverlags, Peter Feller; den Direktor des Pestalozzianums, Dr. Hans Gehrig; den Direktor der Volkshochschule, Prof. Dr. Arthur Strässle; die Vertretungen der Schulsynode Schaffhausen und Baselland; die Vertretung des Berufschullehrerverbands; den Präsidenten der Berufsschullehrerkonferenz, Eduard Lirk; den Präsidenten des LCH, Beat Zemp; die ehemaligen Lehrervertreter im Erziehungsrat; die Vorgänger im Synodalvorstand; die Jubilarinnen und Jubilare; die Pressevertretungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erziehungsdirektion.

Ich danke im Namen aller Anwesenden der Gemeinde für den Apero, der Schulgemeinde für den Blumenschmuck, die Pausengetränke und die Gipfeli und den Musikerinnen für die Eröffnung.

Für Traktandum 13, den schulpolitischen Teil der heutigen Versammlung, möchte ich den Hinweis machen, dass Fragen schriftlich formuliert und bis zum Beginn der Pause dem Vizepräsidenten der Schulsynode zuhanden des Gespächsleiters abgegeben werden können.

3. Grussadresse des Gemeindepräsidenten von Zumikon

Der «Hausherr» heisst alle herzlich willkommen. Zumikon ist stolz, die Exponentinnen und Exponenten des Zürcher Bildungswesens begrüssen zu dürfen. Humorvoll meint er, diese seien ein Risiko eingegangen, für einmal keinen echten, ausgewachsenen Stadtpräsidenten vor sich zu haben, sondern einen gewöhnlichen Gemeindepräsidenten. Zumikon war bis nach dem Zweiten Weltkrieg eine sehr arme Gemeinde, dies neben den satten Gemeinden Küsnacht und Zollikon, aber auch der Stadt Zürich. 1945 wohnten 800 Leute hier, jetzt sind es 4700 Personen. Zumikon ist auch nicht mehr ganz so arm, aber die kantonalen Behörden legen dafür tiefere Subventionsansätze fest. Von Lage und Umgebung her ist Zumikon eine bevorzugte Vorortsgemeinde von Zürich, ehemals landwirtschaftlich geprägt, jetzt Wohngemeinde mit vielen Pendlerinnen und Pendlern. Gezählt werden kann nur noch ein Bauernbetrieb. Die Gemeinde hat ihre Eigenständigkeit nicht verloren, politisch, kulturell und gesellschaftlich. Sie verfügt über eine gute Infrastruktur und eine engagierte Bevölkerung. Es ist keine Schlafgemeinde. Der «Friedensapostel» Max Dätwyler wohnte hier und wurde auch in Zumikon begraben. Er prägte ebenso wie Hans Indergand, Komponist und Liedersänger, die Gemeindegeschichte. Zumikon ist klein, was aber nicht heisst, es sei pädagogische Provinz. Eine ehemalige Erziehungsrätin, der amtierende Vizepräsident der Schulsynode, ein ehemaliger Präsident der Bezirksschulpflege sowie die jetzige Präsidentin sprechen für sich. Zumikon hat eine hohe Lehrerdichte und wenig Bankschalter.

Bezüglich der heutigen Versammlung meinte der Gemeindepräsident, dass für die kantonalen Parteien Strategien für zukünftige Bildungspolitik von grosser Bedeutung sein werden. Bildungspolitik ist ein wichtiger Aspekt der Politik, Handelnde und nicht Opfer dieser Politik sollten sich vermehrt engagieren für die Erhaltung der Demokratie. Er wünscht den Anwesenden eine erfolgreiche Beratung und dankt im Namen der Gemeindebehörden für die Einladung.

4. Begrüssung der neuen Mitglieder

Einige Lehrkräfte sind erstmals dabei als neu in den Schuldienst getretene Kolleginnen und Kollegen. Der Synodalpräsident begrüsst sie speziell und lädt sie ein, das Mitspracherecht der Lehrerschaft, aber auch Aspekte der Mitbestimmung, zum Beispiel die Wahlen der Lehrervertretungen in den Erziehungsrat, wahrzunehmen. Konkrete Ergebnisse sind dabei nicht so schnell ersichtlich wie in seinem Fachgebiet, der Physik, wo man noch echte Versuche anstellen kann, Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung findet. Einflussnahme im Zürcher Schulwesen ist nicht so leicht messbar. Wer aber immer schweigt, nimmt keinen Einfluss. Zur Mitsprache gehört auch das Engagement in den amtlichen und freien Lehrerorganisationen.

Es sind auch einige Studentinnen und Studenten des Primarlehrerseminars anwesend, in Begleitung ihres Mentors. Der Synodalpräsident bittet sie, sich durch seine Eröffnungsworte nicht von ihrer Berufswahl abhalten zu lassen und sich aktiv für das Schulwesen einzusetzen.

5. Ehrung der verstorbenen Synodalinnen und Synodalen

Die Aktuarin der Schulsynode verliest die Namen derjenigen Lehrkräfte, welche im vergangen Schuljahr durch den Tod aus dem aktiven Schuldienst gerissen wurden. Im Namen der Versammlung spricht sie den Angehörigen ihr Beileid aus und bittet alle im Saal Anwesenden, sich im Andenken an die Verstorbenen zu erheben.

6. Eröffnung der Preisaufgabe 1991/92

Im Schuljahr 1991/92 wurde nur eine Arbeit eingereicht. Der Erziehungsrat beschloss, keinen Preis zu vergeben.

Die neuen Preisaufgaben wurden im Schulblatt 6/92 veröffentlicht und sind bis 15. März 1993 einzureichen.

7. Musikvortrag

Four Folksongs from All Over the World – Vier Volkslieder aus aller Welt

Der Schulchor der Intercommunity School, Zumikon, unter der Leitung von Alison M. Donnelly, begleitet am Flügel durch Barbara Carnt, singt vier Volkslieder. Da die englischsprachige Zumiker Schule bereits Ferien hat, ist nicht der ganze Chor anwesend. Das tut der Frische und Ausdrucksstärke der Kinder keinen Abbruch!

Sie singen ein italienisches Lied, ein ungarisches Hochzeitslied, eine Mischung von schottischem und englischem Volkslied, und ein amerikanisches Lied.

8. Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare durch den Erziehungsdirektor

Wie immer wird der Erziehungsdirektor die Lehrkräfte persönlich verabschieden, welche während 35 oder mehr Dienstjahren im Zürcher Schulwesen unterrichteten. Der Synodalpräsident drückt seine Freude über die Folgeleistung der persönlichen Einladung aus und dankt ihnen für den Einsatz im Zürcher Bildungswesen. Er wünscht allen Jubilarinnen und Jubilaren gute Gesundheit und Musse im Sinne des letztjährigen Referats anlässlich der Synodalversammlung.

Die Aktuarin verliest die Namen der angemeldeten Jubilarinnen und Jubilare und bittet sie, auf die Bühne zu kommen.

Im Namen des Erziehungsrats und des Regierungsrats spricht der Erziehungsdirektor seinen Dank aus für die Tätigkeit im zürcherischen Schuldienst. Insbesondere dankt er für die erwiesene Berufstreue. Er sieht im Lehrberuf auch eine Chance zum Jungbleiben. Er verabschiedet Lehrkräfte, welche im Jahre 1957, oder früher, in den Schuldienst traten, und weist darauf hin, was seit damals alles

passiert ist im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die schulischen Veränderungen waren ebenso markant. Eltern, Schülerinnen und Schüler, aber auch die Schulpflegen haben sich geändert. Für die Fähigkeit, damit umgehen zu können, macht er den Jubilarinnen und Jubilaren ein Kompliment, wünscht ihnen für die Zukunft Zeit, ihre Hobbys zu pflegen, und den berühmten «Synodalkugi» möglichst intensiv nutzen zu können.

Der angesprochene Kugelschreiber mit Gravur wird den Jubilarinnen und Jubilaren vom Vizepräsidenten der Schulsynode im Namen der Lehrerschaft überreicht, welche sich somit den Gratulationen anschliesst.

9. Musikvortrag

Three Folksongs of Friendship and Unity –
Drei Lieder von Freundschaft und Einigkeit

Es folgen drei englischsprachige Lieder der Freundschaft, welche Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gewidmet sind. Mit diesen Liedern verabschiedet sich der Schülerchor der Intercommunity School.

Der Synodalpräsident dankt den Sängerinnen und Sängern, der Leiterin und der Pianistin, für die musikalische Reise durch eine friedliche und fröhliche Welt.

10. Der Erziehungsdirektor hat das Wort

Stellungnahme zu einigen aktuellen Schulfragen durch den Erziehungsdirektor, Herrn Regierungsrat Dr. A. Gilgen

Herr Präsident
Meine Damen und Herren

Für einmal möchte ich mit einem eher unerfreulichen Thema beginnen, für das die Lehrerschaft, um es gleich vorweg zu nehmen, allerdings keine Schuld trifft. Ich spreche von anstehenden bzw. bereits eingeleiteten Sparmassnahmen. Nach Jahren anhaltender Hochkonjunktur ist eine Abschwächung der Wirtschaft eingetreten. Während über einige Jahre beim Bund, dem Kanton und vielen Gemeinden in den Jahresrechnungen schwarze Zahlen geschrieben werden konnten, sind für die nächste Zukunft überwiegend Budgetdefizite angesagt. Beim Kanton schlagen auf der Ausgabenseite die Übernahme neuer Verpflichtungen, zum Beispiel im öffentlichen Verkehr oder im Umweltschutz, aber auch die strukturelle Besoldungsrevision für das Staatspersonal, negativ zu Buche, während auf der Einnahmenseite der Wegfall von Steuererträgen, bedingt durch die schlechtere Wirtschaftslage, den Ausgleich der kalten Progression und die Steuergesetzrevision anzuführen sind.

Vor dem Hintergrund steigender Aufwandüberschüsse und Finanzierungsfehlbeträge sah sich der Regierungrat gezwungen, Massnahmen zur längerfristigen Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts zu ergreifen. Es gibt keine staatliche Tätigkeit ohne Rücksichtnahme auf das wirtschaftspolitische Umfeld. Geht es der Wirtschaft schlechter, muss auch der Staat den Gürtel enger schnallen. Es liegt auf der Hand, dass auch der Bildungsbereich im Sinne einer gewissen Opfersymmeterie davon nicht ausgenommen werden kann. Dass der Regierungsrat seinen

Sparauftrag ernst nimmt, das haben Sie, wie alle anderen Beamten und Staatsangestellten auch, mit der Verschiebung des Stufenanstiegs bei den Besoldungen um ein halbes Jahr bereits zu spüren bekommen; ob darüber hinaus der jährliche Stufenanstieg für die nächsten Jahre halbiert werden soll, wird der Kantonsrat auf entsprechenden Antrag des Regierungrates demnächst zu entscheiden haben. Eine weitere Massnahme, welche den Bildungsbereich direkt betrifft, ist die Anhebung der Klassenbestände. Im Bereich der Volksschule geht es um eine weitere Annäherung an die Richtzahl 25. Eine Erhöhung der Richtzahl 25 hingegen steht nicht zur Debatte. Die Erziehungsdirektion hat deshalb beschlossen, im Hinblick auf das Schuljahr 1992/93 sämtliche vom Erziehungsrat bewilligten 5740 Lehrstellen an der Volksschule zu überprüfen. Die von der Klassengrösse her nicht ausgewiesenen Lehrstellen sollten aufgehoben werden. Dass dabei Kriterien wie Region und Lage der Schulgemeinde, Standort der Schulhäuser, Anzahl der bewilligten Lehrstellen in den verschiedenen Stufen, aktuelle Schülerzahlen, Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen, Anteil der Fremdsprachigen in den einzelnen Klassen, Zusammensetzung des Lehrkörpers (Altersstruktur, Anteil Verweser/gewählte Lehrkräfte) sowie weitere Besonderheiten wie bisher berücksichtigt wurden, ist selbstverständlich. Mit Beschluss vom 2. Juni 1992 hat nun der Erziehungsrat auf Antrag der Erziehungsdirektion den Lehrstellenplan der Volksschule für das Schuljahr 1992/93 genehmigt. Der Beschluss sieht für die Primarschule 3940 und für die Oberstufe 1652 Lehrstellen vor. Unter Berücksichtigung der aufzuhebenden und der Neuschaffung zwingend notwendiger Lehrstellen ergibt sich somit eine Reduktion von 148 Lehrstellen (Primarschule 48, Oberstufe 100). Davon werden sich nur rund 20 Lehrstellen direkt auf die Besoldungskosten auswirken, da zahlreiche der jetzt gestrichenen Stellen im laufenden Schuljahr gar nicht besetzt waren. Die daraus resultierenden finanziellen Einsparungen bewegen sich in der Grössenordnung von 2,5 Mio. Franken.

Diese Stellenaufhebungen führen nur zu geringen Veränderungen bei den Klassenbeständen, was allerdings nichts daran ändert, dass sich die Situation in einzelnen Gemeinden, welche bisher sehr kleine Klassenbestände aufwiesen, deutlich auswirken kann. Durchschnittlich werden die Klassen an der Primarschule 20, an der Sekundar- und Realschule 18 Kinder umfassen.

Unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Kantons und des pädagogischen Auftrags dürfen diese Klassengrössen als verantwortbar bezeichnet werden. Die Qualität des Unterrichts jedenfalls ist meines Erachtens mit diesen Massnahmen aus folgenden Gründen nicht in Frage gestellt:

1. ist der Abbau der Lehrstellen im Moment bescheiden;
2. gibt es keine relevanten Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Klassengrösse und Schulerfolg;
3. ist es unbestritten, dass Klassen auch zu klein sein können, dies insbesondere mit Blick auf das soziale Zusammenleben. Ein grosser Teil der Stellenaufhebungen betraf solche Klassen;
4. traue ich Ihnen absolut zu, mit den neuen, leicht angestiegenen Abteilungsbeständen eine qualitativ gleichwertige Schule wie bisher zu bieten, woraus Sie überdies ersehen, dass wir mit der Qualität des Gebotenen insgesamt zufrieden sind.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch einen kleinen Exkurs. Ich möchte Sie auf eine Studie über einen internationalen Vergleich in Mathematik und Naturwissenschaften aufmerksam machen. Die deutschsprachige Zusammenfassung ist unter dem Titel *Was wissen 13jährige?* vom Amt für Bildungsforschung

der Erziehungsdirektion des Kantons Bern herausgegeben worden. Das primäre Ziel der Untersuchung war, die mathematischen und naturwissenschaftlichen Leistungen 13jähriger Schüler aus 20 verschiedenen Ländern (darunter England, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, USA, Kanada, China, Korea, Taiwan, Schweiz) zu vergleichen. Ich möchte einige für die Schweiz relevante Ergebnisse herausgreifen, wobei ich zugeben muss, dass die Auswahl rein subjektiv ist.

Vorab lässt sich feststellen, dass die 13jährigen Schüler der Schweiz im internationalen Vergleich sehr gute Leistungen erreichten; dies, obwohl die Schweizer wegen der vergleichsweise späten Einschulung zum Untersuchungszeitpunkt in tieferen Klassenstufen eingeteilt waren. Interessant auch die Schlussfolgerung, dass die durchschnittliche Klassengrösse keine Erklärung für die Unterschiede in den verschiedenen Ländern gibt. Länder mit mehr als doppelt so grossen Klassen wie die Schweiz erreichten ebenfalls hohe Ergebnisse. Immerhin dürfte die geringe Klassengrösse in der Schweiz eine Erkärung für die besonders gute Förderung der «Extremgruppen» (begabte und schwache Schüler) sein, aber auch für das gute Ergebnis bei weniger Schuljahren. Bemerkenswert ist schliesslich der Umstand, dass der finanzielle Aufwand keine Garantie für eine effiziente Bildung ist. Offenbar hängt in den meisten Ländern die Leistung der Schüler mehr mit deren Freizeitgestaltung zusammen. Bedeutender als die finanziellen Aufwendungen ist die Zahl der Geschwister und der Bücher zu Hause. Diesbezüglich lautet die Kurzformel: je mehr Geschwister, desto schlechter, je mehr Bücher, desto besser die Leistungen!

Ich komme auf ein weiteres Thema zu sprechen, welches zwar nicht neu ist, aber zunehmend an Brisanz gewinnt. Die 45-Minuten-Lektionen. Obwohl der Erziehungsrat den Beschluss zur Einführung ab nächstem Sommer – als Folge der Vernehmlassung zu den Grundlagen des neuen Lehrplans – bereits vor drei Jahren gefasst hat, sind Bedenken erst in letzter Zeit geäussert worden.

Zum einen wird geltend gemacht, die Verkürzung der Unterrichtszeit stelle für die Schüler einen Qualitätsabbau dar. Dem halten wir entgegen, dass in gewissen Klassen die Lektionenzahl erhöht wurde und in den meisten Gemeinden schon heute ein Teil der Lektionen nur 45 Minuten dauert.

Zum andern führen Gemeinden an, dass ausgerechnet jetzt, nachdem die strukturelle Besoldungrevision zu Lohnerhöhungen geführt hat, auch noch die Arbeitszeit der Lehrerschaft abgebaut werde. Diesem Argument lässt sich schwieriger begegnen, ist doch bei Betrachtung der neuen Lektionsansetzungen leicht festzustellen, dass die Schule in der Regel später beginnt und früher aufhört.

Wir prüfen deshalb Modelle, welche die Arbeit des Lehrers neu definieren. Zum Pflichtenheft der Lehrerschaft sollen nicht nur die Pflichtlektionen gehören, sondern auch weitere Tätigkeiten für die Schule wie zum Beispiel Teilnahme an Konventen, Besprechungen, Koordinationsaufgaben, gemeindeinterne Fortbildung usw. Diese Tätigkeiten könnten neu fest in den Stundenplan eingebaut werden. Zuvor soll – wie gewohnt – eine Vernehmlassung stattfinden. Ich bin überzeugt, dass viele von Ihnen diese Aufgaben schon heute wahrnehmen und sie deshalb nur beschränkt als Mehrbelastung empfinden werden.

Diese Neuregelung der Arbeits- und Unterrichtsverpflichtung soll für die gesamte Volksschullehrerschaft realisiert werden und wird auch für die Lehrkräfte gelten, welche am AVO beteiligt sind. Bereits ab Schuljahr 1992/93 sollen im Zuge der Sparmassnahmen die Überhangstunden inkl. Wahlfach so abgerechnet werden, dass alle am AVO beteiligten Gemeinden ihren vorgeschriebenen Anteil übernehmen. Beide Massnahmen werden zur angestrebten Kostenneutralität der geglieder-

ten Sekundarschule beitragen; meines Erachtens eine wesentliche Voraussetzung im Hinblick auf die Abstimmung, wo der Stimmbürger in dieser Angelegenheit das letzte Wort haben wird.

Anlässlich der letzten Synode habe ich darauf hingewiesen, dass als Folge der strukturellen Besoldungsrevision, wie bei den Beamten und Angestellten der Verwaltung auch bei den Lehrerinnen und Lehrern eine Mitarbeiterbeurteilung eingeführt werden muss. Dieses Thema wird heute unter Traktandum 12 *Anträge der Prosynode* auch von Ihrer Seite zur Sprache gebracht. Vor zwei Jahren wurde ein Postulat mit folgendem Wortlaut von Ihnen an den Erziehungsrat überwiesen: *Bevor eine besoldungswirksame Mitarbeiterbeurteilung eingeführt wird, sind Kriterien, Formen und Instanzenwege der Lehrerleistungsbeurteilung zu entwickeln und die Ergebnisse der Lehrerschaft zur Begutachtung vorzulegen.*

Obwohl die Richtlinien zur Beurteilung der Lehrkräfte grundsätzlich nicht unter die Geschäfte fallen, die obligatorisch der Kapitelsbegutachtung unterliegen, hat der Erziehungsrat beschlossen, die entsprechenden Unterlagen zur Begutachtung und Vernehmlassung zu überweisen. Inzwischen haben wir dem Mitteilungsblatt des ZKLV die provisorischen Thesen entnommen und stellen fest, dass sich die Lehrerschaft materiell gar nicht mit der Mitarbeiterbeurteilung auseinandersetzen will, wie sie dies mit dem erwähnten Synodalpostulat fordert. Im Gegenteil, sie lehnt die vom Regierungsrat beschlossene und vom Kantonsrat genehmigte Mitarbeiterbeurteilung pauschal ab und stellt dafür ganz andere Forderungen auf.

Ich würde es bedauern, wenn die Lehrerschaft sich auf diese Weise vom Dialog aussschliesst und so eine konstruktive Lösung verhindert. Ich meine deshalb, es wäre sinnvoll und in Ihrem Interesse, wenn Sie sich mit der Vorlage nochmals inhaltlich befassen würden. Andernfalls ist davon auszugehen, dass das Synodalgutachten auf das Geschäft keinen Einfluss hätte.

Ich komme zum Schluss. Ich bin mir bewusst, dass heute finanzpolitische Überlegungen etwas im Vordergrund meiner Ausführungen standen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es, ungeachtet aller Sparbemühungen, keine Einschränkungen bei der Erfüllung des allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrags geben wird. Der bisher erreichte, hohe Standard, soll beibehalten, die eingeleiteten Refomen sollen weitergeführt werden.

Ich möchte Ihnen abschliessend danken für die hohe Qualität des Unterrichts, zu welcher Sie alle (ich spreche in diesem Zusammenhang nicht gerne von Prozenten) mit Ihrem täglichen Einsatz für die Schule beitragen.

11. Berichte

Gemäss § 44 des Reglements für die Schulkapitel und die Schulsynode hat die Synodalversammlung Kenntnis zu nehmen von drei Berichten. Das Wort wird nicht gewünscht, somit wird von den folgenden Berichten in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

11.1 Geschäftsbericht 1991 der Direktion des Erziehungswesens

Der Geschäftsbericht wurde den Vorständen der Lehrerorganisationen, den Schulleitungen der kantonalen Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten sowie den Schulpflegen direkt zugestellt.

11.2 Jahresbericht 1991 der Schulsynode

Der Jahresbericht wird jeweils vom Synodalvorstand erstellt und wurde als Beilage zum Schulblatt 6/92 verschickt. Er enthält auch das Protokoll der letztjährigen Synodalversammlung.

11.3 Protokoll der Verhandlungen der Prosynode 1992

Die Veröffentlichung des Protokolls der Verhandlungen der Prosynode vom 15. April 1992 erfolgte im Schulblatt 6/92.

12. Anträge der Prosynode an die Synode

Die Postulate liegen für die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in gedruckter Form auf.

Spontan meldet sich die Kapitelspräsidentin von Andelfingen zu Wort und reagiert auf eine Aussage des Erziehungsdirektors betreffend das Postulat zur Überprüfung der lohnwirksamen Mitarbeiterbeurteilung. Das Gespräch von seiten der Lehrerschaft wird nicht aufgegeben, nur die Lohnwirksamkeit wird in Frage gestellt. Sie fragt, was der Erziehungsdirektor meinte, als er drohte, vom Synodalgutachten keine Kenntnis zu nehmen, sofern es nicht auf die Vorlage eingehe und die lohnwirksame Mitarbeiterbeurteilung durch die Lehrerschaft abgelehnt werde. Nach Meinung der Rednerin sollte Mitarbeit nicht immer nur ein Kopfnicken gegenüber den erziehungsrätlichen Vorlagen sein. Neue Ideen, konstruktives Mitdenken sollten auch gelten und beigetragen werden können. Sie dienen einer besseren Schule.

Weiter wird das Wort nicht gewünscht.

Die Prosynode empfiehlt, das Postulat zur lohnwirksamen Mitarbeiterbeurteilung aufrechtzuerhalten, weil die Begutachtung der Volksschulvorlage und die Vernehmlassung zur Mittelschulvorlage zwar eingeleitet, aber noch nicht erfolgt sind.

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Schulkapitel, die Lehrkräfte der Mittelschulen, der höheren Lehrerbildungsanstalten und der Universität.

Die Zustimmung zu den Postulaten erfolgt ohne Gegenmehr und somit einstimmig. Der Synodalvorstand wird für die Überweisung an den Erziehungsrat besorgt sein. Die Anwesenden sind sich bewusst, dass an einigen Postulaten gearbeitet wird, zu andern hingegen Funkstille herrscht. Es wird die Bitte an die Behörden gerichtet, zu allen Postulaten Stellung zu nehmen.

Die Postulate im Wortlaut:

1. Verwirklichung der in der OGU-Vorlage unbestrittenen Punkte durch Teilrevision der einschlägigen Gesetze und Anpassung des Reglements für die Schulkapitel und die Schulsynode (1989)

Nach dem Rückzug der OGU-Vorlage werden Erziehungsrat und Erziehungsdirektion eingeladen, die unbestrittenen Punkte dieses Gesetzesentwurfs durch Teilrevisionen der einschlägigen Gesetze baldmöglichst in die Wege zu leiten. Das Reglement für die Schulkapitel und die Schulsynode entspricht in vielen Teilen nicht mehr den heutigen Gegebenheiten. Es ist, abgestimmt auf diese Gesetzesrevisionen, zu modernisieren.

2. Besoldeter Weiterbildungsurlaub für Volksschullehrkräfte (1974/1990)

Die Synode ersucht die Erziehungsbehörden, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerschaft abzuklären, in welchem Rahmen in Zusammenhang mit der «Institutionalisierung der Intensivfortbildung/Langzeitfortbildung für Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen des Kantons Zürich» den Lehrerinnen und Lehrern jeweils nach mehreren Dienstjahren ein halbjähriger, besoldeter Urlaub gewährt werden kann.

3. Projektgebundene Weiterbildung für Mittelschullehrkräfte (1987/1990)

Die Synode ersucht die Erziehungsbehörde, dem Regierungsrat zu beantragen, §8 des Mittelschullehrerreglements vom 13. September 1989 wie folgt abzuändern: «Jeder Lehrer ist verpflichtet, zwischen dem 12. und 30. Dienstjahr seit der Wahl, bzw. seit der Ernennung, zweimal einen voll bezahlten, fachbezogenen Weiterbildungsurlaub von einem Semester zu absolvieren. Die Erziehungsdirektion bewilligt den Semesterurlaub gestützt auf ein ausführlich begründetes Programm, das mit der Lehrverpflichtung in engem Zusammenhang steht,...»

4. Entlastung der Kapitelvorstände (1990)

Die Kapitelpräsidentinnen und -präsidenten sind auf ihr Verlangen für ihre Arbeit im Umfang von maximal zwei Jahresstunden zu entlasten.

5. Strukturelle Besoldungsrevision: Mitarbeiterbeurteilung (1990)

Bevor eine besoldungswirksame Mitarbeiterbeurteilung eingeführt wird, sind Kriterien, Formen und Instanzenwege der Lehrerleistungsbeurteilung zu entwickeln und die Ergebnisse der Lehrerschaft zur Begutachtung vorzulegen.

6. Künftige Ansetzung der Kapitelversammlungen (1991)

Die ordentlichen Kapitelversammlungen finden an einem Unterrichtsvormittag, in der Regel an einem Mittwochvormittag, statt.

Vor der Pause weist der Synodalpräsident auf einen Stand des Lehrmittelverlags hin, wo Videos in acht Sprachen zum Übertritt vom Kindergarten in die Primarschule sowie das entsprechende Begleitmaterial bestellt werden können. Ebenso liegen Ansichtsexemplare eines Lehrerhandbuchs für türkische Kinder in unseren Schulen des Lehrmittelverlags Bern auf.

13. Bildungspolitik der kantonalen Parteien

13.1 Kurzreferate von Vertreterinnen und Vertretern der Kantonalparteien mit Fraktionsstärke im Kantonsrat

CVP: Leo Lorenzo Fosco/ EVP: Walter Kramer/FDP: Peter Aisslinger/ GP: Thomas Büchi/SP: Doris Gerber/SVP: Irene Enderli

Der Synodalpräsident eröffnet diesen Programmteil mit dem Hinweis, dass Schulpolitik nicht nur in den Reihen der Lehrerschaft und deren Behörden gemacht werden, sondern auch in den Parteien. Die gleichentags stattfindende Kantonsratssitzung hat 15 Geschäfte traktandiert, welche mit Bildungspolitik zu tun haben.

Der Gesprächsleiter, Dr. Anton Strittmatter, Chefredaktor der Schweizerischen Lehrerzeitung, findet es ungewöhnlich, dass sechs Parteien auf der Bühne vertreten sind, deren Vertreterinnen und Vertreter sich alle zur Bildungspolitik äussern werden. Denn Bildungpolitik ist nicht vorrangig in der Parteipolitik. Allerdings kommt dabei ein Vorteil unseres politischen Systems zum Spielen: die Lehrpläne müssen nicht nach jeder Wahl ausgewechselt werden. Die Parteien spielen eine geringere Rolle als bei Finanz- und Verkehrspolitik. Keine Partei ist daran interessiert, profilierte Bildungpolitikerinnen und -politiker nach Bern zu schicken. Schul- und Bildungsfragen werden nicht vorrangig aufgenommen. Diese Fragen lösen wahrscheinlich geringere Parteiinteressen aus. Jede Person fühlt sich als Schulexpertin oder -experte, weil sie selber Schulen besucht hat. Schulaufgaben sind keine Prestigemandate.

Die vorliegenden Fragen gehen auf konkrete Schulfragen ein. Die Parteivertretungen werden sicher in der Lage sein, persönlich Stellung zu nehmen. Sie werden eingeladen, bei konkreten Fragen so sach- und parteibezogen wie möglich zu bleiben.

Eine schriftliche Frage lautet sinngemäss: «Ich verstehe nicht, weshalb die Fragen vorher schriftlich abgegeben werden mussten. Es wäre doch interessanter, zuerst die Referate zu hören.» Der Gesprächsleiter geht darauf ein mit dem Vorschlag, erst die dreiminütigen Kurzreferate abzuwarten, dann mit den schriftlichen Fragen zu beginnen und diesen spontane, mündliche folgen zu lassen.

CVP: Zwei Ansätze streicht das Parteiprogramm heraus. Eine konservative Seite, welche Vorsicht beim Bestehenden walten lässt, und eine hilfreiche Seite, als Korrektiv und Solidaritätsansatz, um Schwächen zu bessern. Die Grundlage des ganzen Parteiprogramms fundiert auf christlichem Ansatz. Es besteht ein aktueller Handlungbedarf: die Volksschule ist bedroht, soll aber ihre Integrationsfunktion bewahren. Gefragt sind Strategien und nicht hektischer Aktivismus. Die Schule soll auch Ort der Stabilität sein und ein Gegengewicht zur hektischen Entwicklung in der Gesellschaft bilden. Das bedeutet nicht Immobilität, sondern Erhaltung von Stukturen. Reformen sollen klar definiert sein und zeitlich begrenzt werden. Neue Schulversuche dürfen erst beginnen, wenn alte abgeschlossen sind. Nicht nur die Schulstube, sondern auch Behörden und Verwaltung brauchen eine Strukturüberprüfung (Erziehungsdirektion, Erziehungsrat, Parlament).

EVP: Die kleine Partei hat in allen Parteigremien einen beachtlichen Lehreranteil. Von acht Kantonsräten sind drei Lehrer. Schulfragen sind tägliches Brot, und die Partei bemüht sich um einen nahen Praxisbezug. Da zählen nicht nur hohe Leitgedanken, sondern in schulischen Belangen Wegsuchung und -findung. Die Schweiz hat 26 verschiedene Schulsysteme. Sind nicht alle die besten? Alle Parteien haben gute Grundsätze und Leitgedanken im Parteiprogramm. Wie sieht die Praxis aus? Die EVP ist geprägt durch ein christliches Menschenbild. Viele Heimlehrkräfte, Erzieher und Erzieherinnen sind Mitglied. Sie arbeiten an Orten, wo nicht viel Aufsehen erregt wird. Im Zeitgeist der Orientierungslosigkeit richtet sich die EVP nach Grundlagen der Ethik und der Verantwortung. Die EVP-Lehrkräfte erteilen B-Unterricht. Die Partei befürwortet die hohe Bedeutung der Volksschule und steht zu deren Strukturen und Inhalten, besonders auch hinter den evangelischen Schulen.

FDP: Der Referent verzichtet auf ein bildungspolitisches Credo der Gesamtpartei und möchte nur fünf bildungspolitische Postulate erläutern:

- Stärkung der Familie im Erziehungbereich:
  Die Hauptverantwortung der Erziehung liegt in der Familie
- Geschlechtsneutrale Bildung:
  Überholte Rollenklischees müssen bereits in der Ausbildung der Ausbildenden bewusst angegegangen werden.
- Förderung von Eliten:
  Diese soll nicht nur im akademischen Bereich erfolgen, sondern ganz klar auch im Bereich der Berufsbildung.
- Reorganisation im Universitätsbereich.
  Die riesige Struktur «Universität» soll effizienter gemanagt werden.
- Fachhochschulen:
  Die Einführung muss ins Auge gefasst werden. Sie hat auch den Vorteil der «Europakompatibilität».

GP: Im Parteiprogramm finden sich grundlegende Ansätze für eine Reformpolitik. Es enthält sieben Thesen und Vorschläge zu einer neuen Bildungs- und Erziehungspolitik.

- Wir sind darauf angewiesen, jedes Kind möglichst gut auszubilden.
- Erfolgreiches Lernen hängt entscheidend von der Neugierde und Motivation des Lernenden ab; dies ist durch Stoffülle und Informationsflut gefährdet.
- Charakter und soziales Verhalten sind ebenso wichtig wie die intellektuellen und physischen Fähigkeiten.
- Motivation, Lernbereitschaft und Verstehen folgen bei jedem Menschen individuellen Zeitmustern und sind nur bedingt altersabhängig.
- Die Schule kann und soll ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nur in enger Zusammenarbeit mit den Eltern wahrnehmen.
- Das Recht auf lebenslange (Weiter-)bildung ist nur dann garantiert, wenn dem jeweiligen Wissensstand auch Rechnung getragen wird. Abschlusszeugnisse, die einen momentanen Wissensstand dokumentieren, sind deshalb als Zulassungskriterium ungeeignet.
- Im Lehrberuf geht es nicht primär um Vielwisserei, sondern um eine Vorbildsfunktion und Führungsaufgabe. Den Lehrkräften ist der Bezug zur Praxis zu erleichtern.

SP: Im Zentrum der Volksschule steht die Grundidee der Förderung aller Kinder. Das Schulhaus ist als Lebensraum zu verstehen und zu gestalten. Kinder, Lehrkräfte und Abwartsleute übernehmen gemeinsam Verantwortung und erhalten Kompetenzen, ein eigenes Profil zu entwickeln. Jede Schule ist eine pädagogische Einheit, mit dem Team der Lehrerschaft und einer Schulleitung. Die Verantwortung der Lehrkraft in der Klassenführung bleibt. Es erfolgt aber eine Abstützung im Team. Dadurch gewinnt der Arbeitsplatz Schule an Qualität. Die Integration der Kinder ist ein vordringliches Anliegen, ebenso Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Gleichberechtigung. Bildungspolitik beginnt nicht erst im Kindergarten, sondern schon in der Familie. Da werden Weichen gestellt. Ein Krippengesetz fehlt, die Berufstätigkeit beider Elternteile kann nur erschwert realisiert werden.

SVP: Es ist nicht möglich, den alleingültigen SVP-Standpunkt zu vertreten. Auch innerhalb der Partei gibt es verschiedene Ansichten. Die SVP steht voll und ganz hinter dem neuen Zweckartikel für die Volksschule. Ebenso überzeugt werden die

zehn Grundhaltungen im neuen Leitbild der Zürcher Volksschule unterstützt. Der ausserordentlich hohe Standard der schweizerischen Volks-, Mittel-, Hoch- und Berufsschulbildung darf nicht preisgegeben werden. Für die erhöhte Verantwortung, wie sie der neue Lehrplan den Lehrkräften zuspricht, sind sie angemessen entlöhnt. Eine Lehrerbeurteilung ist am Platz. Die SVP hält am System der Milizbehörden fest. Die Abschaffung der Volkswahl der Lehrerschaft, sowie des Beamtenstatus soll überprüft werden. Schulversuche sollen zeitlich begrenzt werden und Folgekosten bei einer allfälligen definitiven Einführung einer Neuerung objektiv analysiert und offengelegt werden.

13.2 Gespräch unter der Leitung von Dr. Anton Strittmatter, Chefredaktor Schweizerische Lehrerzeitung

Der Gesprächsleiter gliedert die eingegangen Fragen in drei Bereiche:

1. Oberstufenreform, Gymnasium, Maturitätsreform

– Was steht auf dem Spiel?
– Wo ist anzusetzen

GP: Handwerkliche und intellektuelle Fähigkeiten sollte man verbinden können. Der AVO will die Diskrepanz entschärfen. Die GP ist für den AVO, er geht ihr aber zu wenig weit. Erforderlich sind Niveauklassen in intellektuellen, handwerklichen und musischen Bereichen.

FDP: Bei der Einführung der dreiteiligen Oberstufe in den sechziger Jahren, standen die entsprechend ausgebildeten Lehrkräfte nicht zur Verfügung. Die dreiteilige Oberstufe kam gar nie richtig zum Tragen. Faktisch besteht in den meisten Gemeinden nur eine zweiteilige Oberstufe mit einem höheren und einem tieferen Niveau. Das tiefste Niveau ist nicht vorhanden oder eine Sonderklasse. Die Neugliederung der Sekundarstufe ist nicht weit vom Istzustand entfernt. Die Stabilisierung der Mittelschul-Schülerzahlen kann das höhere Niveau sichern und entlasten. Der Berufsstand und das Gewerbe müssen gestärkt werden.

CVP: Es muss unterschieden werden zwischen Grundidee und konkreter Gestaltung des Modells. Die CVP ist für eine verbesserte Durchlässigkeit, ein Handlungsbedarf besteht. Was momentan vorliegt, braucht noch wesentliche Modifikationen, damit die Fraktion zustimmen kann. Zwei Schwachpunkte stehen an: Abwertung des Klassenlehrerprinzips und das ungelöste Problem der Aufgabenteilung Volksschuloberstufe–Mittelschule. Der schleichenden Auszehrung der Volksschul-Oberstufe muss begegnet werden. Diese soll nicht als einzelnes angesehenwerden, sondern in Verbindung mit der Gymnasium-Unterstufe. Keine naive Strukturgläubigkeit ist mehr gefragt, sondern die Konkurrenzfähigkeit der Volksschul-Oberstufe muss gestärkt und verbessert werden. Das AVO-Modell gibt diese Garantie nicht.

SP: Jedes Oberstufen-Lehrerzimmer formuliert die Unzufriedenheit mit der heutigen Situation. Sie entspricht nicht mehr dem Konzept der sechziger Jahre. Die SP will eine Neuordnung mit offenen Wünschen: der Druck auf die Mittelstufe soll kleiner werden, die Gesamtbeurteilung führt zum Übertritt, die Oberstufe wird beweglicher, ungleiche Begabungen und Spätmotivationen können aufgefangen werden. Fragen zu Neugliederung der Sekundarstufe: Sind die jetzigen Oberschülerinnen und -schüler in die gegliederte Sekundarschule integrierbar? Kann der integrative Schulgedanke auch auf die Oberschule ausgedehnt werden? Können Hochbegabte besser gefördert werden?

EVP: Die Oberstufen-Reform der sechziger Jahre wurde mit Begeisterung getragen und brachte viele positive Verbesserungen. Die Lehrerschaft behandelte die Fragen der Selektion sehr weich. Die Einteilung in die Oberstufe erfolgte über drei verschiedene mögliche Prüfungsverfahren. Die bewährteste Methode wurde übernommen. Der prüfungsfreie Übertritt war milder für die Schülerinnen und Schüler, erschwerte aber nachher die Umteilung. Das bedeutete ein Herausreissen aus dem Klassenverband. Die Aushöhlung der Oberschule wurde durch die Lehrkräfte selber verursacht. Die Probleme der Beurteilung und der Selektion werden auch in der gegliederten Sekundarschule nicht ausbleiben. Das tiefste Niveau wird auch hier mit einem Makel behaftet sein.

SVP: Die Partei lehnt die gegliederte Sekundarschule in der Mehrheit noch ab, befürwortet eher das Wahlfachsystem an der Oberstufe. Sie befürchtet vermehrten Druck auf Eltern und Schülerschaft. Das System des Klassenlehrerprinzips wird unterstützt. Es gibt immer weniger Oberschulen, wobei die Kinder zum Teil in Realklassen integriert werden. Die Parteivertreterin befürwortet persönlich die Neugliederung der Sekundarstufe, weil sie einseitig begabten Kindern mehr Möglichkeit gibt durch individuellere Förderung. Der Lernwille wird durch Bestätigung gefördert. Die Erziehungsdirektion hat Kostenneutralität versprochen, die SVP stellt das in Frage. Es werden mehr Lehrkräfte und mehr Räume benötigt. Die CVP möchte mehr Durchlässigkeit.

Gesprächsleiter: Er hört die Haltung heraus, «Kanton mach mal, wir sagen dann schon, was richtig oder falsch ist.» Wo bleibt das aktive Engagement der Parteien zur Verbesserung? Innere und äussere Differenzierung ist nötig. Wie kann sie erreicht werden (Werkzeug, Zeit, Lehrmittel, Ausbildung)? Die Quotendiskussion ist zu führen. Kein Modell kann sich darum drücken: Gymnasium/anspruchsvolle Berufsbildung/einfache Arbeiten. Zum Verhältnis des im Kanton parallel geführten Untergymnasien und der Volksschuloberstufe (7. bis 9. Schuljahr) muss die Diskussion geführt werden.

FDP: Der Aufbruch zu neuen Ufern ist nötig. Wieder einmal liegt ein Vorschlag zu einer Schulreform vor. Die Erziehungsdirektion äusserte sich nicht zur entsprechenden Änderung der Lehrerbildung. Privatschulen müssen in ihrer Herausforderung an die Volksschule unterstützt werden. In gewissen Gemeinden ist eine Abwanderung in Privatschulen festzustellen. Diese Konkurrenz ist positiv. Die Volksschule muss sich wandeln. Innerhalb der Volksschule muss jedem Kind eine Chance gegeben werden. Die Maturitätsanerkennungsverordnung fordert, dass alle Maturandinnen und Maturanden von an der Hochschule ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden. Dies ist wichtig für die Lehrerbildung der Oberstufe. Da muss etwas gehen, aber öffentlich ist noch keine Stellungnahme bekannt.

Gesprächsleiter: Künftig wird mit 20% Gymnasial-Maturitäten und 20% Berufsmaturitäten gerechnet. Ist das gut für den Kanton Zürich? Das hätte grosse Konsequenzen für die Oberstufenreform.

FDP: Wir sind auf Gewerbetreibende angewiesen. Das Niveau soll hochgehalten werden. Prozentzahlen sollen keine genannt werden. Die Unterschiede der Mittelschul-Schülerzahlen von Stadt und Landschaft müssen angegangen und die Schülerzahlen stabilisiert werden. Die Berufsmaturität ist zu stärken.

CVP: Das Bildungssystem ist nicht besser, je höher die Maturandenzahlen sind. Eine Rückkehr zu restriktiven Zulassungsbedingungen ist zu verhindern. Wir sind auf eine attraktive Volksschuloberstufe angewiesen. Der AVO ist nicht tel quel ab-

zusegnen, da es sich um eine untaugliche Neustrukturierung mit vielen Schwachstellen handelt. Es ist ein Fehler gewesen, sich früh auf den AVO-Versuch beschränkt zu haben. Möglichkeiten, innerhalb der bisherigen Strukturen Ansätze zu suchen, sind sehr früh ausgemerzt worden. Deshalb stellt sich die Frage, ob sich der AVO noch modifzieren lasse. Wenn nicht, muss die Diskussion neu geführt werden über Qualität und Quantität. Die Verbindungsstelle Volksschuloberstufe–Mittelschule ist eine Knacknuss.

Gesprächsleiter: Die Dimension «politische Parteien» war seiner Meinung nach bisher nicht im Spiel. Er bittet die Parteivertretungen jetzt den Versuch zu wagen, sehr parteibezogen zu sprechen. Was sagt des Christentum zum AVO-Statement?

CVP: Man kann keine christlich fundierte Oberstufe kreieren. Das Menschenbild kann nur Einfluss nehmen: keine Strukturgläubigkeit, Menschen sind entscheidend.

GP: Das Bildungsprogramm löste Widerstand aus innerhalb der Lehrerschaft. Nur Guerillamethoden bringen Neues im Schulwesen. Doktorandinnen und Doktoranden verdienen mehr, das führt zu einer Zementierung der Selektionsfrage. Wer Selektion will, soll sie betreiben. Was heisst das, Mittelschülerzahlen einfrieren? Ehrlicher ist, dass diejenigen, die Leute wollen (Lehrerbildungsausbildende, Universität), selektionieren sollen, aber transparent. Rücksichtnahme auf tausend gewachsene Strukturen ist nötig. Alles niveau- und freifachmässig anbinden, mit gestaffelten Stammklassen, leise humanistische Aufträge wahrnehmen.

SP: Zuerst wurde der AVO unterstützt. Jetzt folgt ein «Ja-aber». Ja sagen kann die Partei zur neuen Gliederung der Sekundarschule. Sie bietet den Grundstein für Offenlassen für Früh- und Spätmotivierte. Die grosse Durchlässigkeit (auch Mittelschule–Berufsschule) wird unterstützt. Die Gedankengänge führen in verschiedenen Parteien zu ähnlichen Fragen, zum Beispiel zum Einbezug des Untergymnasiums. Das Gymnasium sollte integriert werden, mit gleichen pädagogischen Ansätzen, aber ohne Hochbegabungen brachliegen zu lassen.

2. Mitarbeiterbeurteilung / Volks- und Behördenwahl / Anstellungsbedingungen

– Halten Sie die Lehrerbeurteilung für notwendigerweise mit Besoldung koppelbar?
– Wer soll diese Beurteilung vornehmen?
– Anstellungsstatus der Lehrkräfte

SVP: Die Einführung des lohnwirksamen Qualifikationssystems (LQS) ist berechtigt. Der neue Lehrplan gibt den Lehrkräften mehr Freiheit und mehr Verantwortung. Die Schule steht und fällt mit der Lehrerschaft. Deren Engagement und Verantwortung rechtfertigt die Entlöhnung im Bereich des mittleren Kaders in der Privatwirtschaft. Objektive Kriterien sind nötig. An der Milizschulbehörde ist festzuhalten. Das LQS ist auf seine Praxistauglichkeit zu prüfen. Ein Modell nach Prof. Dr. Rolf Dubs (Hochschule St. Gallen) überzeugt mehr. Das Qualifikationssystem (QS) kann lohnwirksam werden, denkbar wäre ein Niederschlag in Weiterbildungsurlaub. Persönlich ist die Parteivertreterin der Meinung, die Freiwilligkeit könnte geprüft werden. Die Lehrkräfte beurteilen auch ständig ihre Schülerinnen und Schüler. Daher kommen wohl die Ängste, weil wir wissen, wie schwierig das ist. Sie befürwortet ein Beurteilungsteam mit der Laienschulpflege, weil diese die gesamte Lehrerschaft in ihrem Umfeld sieht. Die Bezirksschulpflege sollte ihren Anteil auch erbringen. Sie kommt von aussen und ist weniger befangen. Das ergäbe bessere Vergleichsmöglichkeiten. Zur Anstellungsfrage: Die Abschaffung der Volkswahl ist sinnvoll, da diese ja de facto jetzt schon aufgehoben ist: die

Schulpflegen wählen mehrheitlich im stillen Wahlverfahren. Wenn ein öffentliches Wahlverfahren verlangt wird, muss sich die gesamte Lehrerschaft der Schlammschlacht stellen. Die Schulpflege kennt ihre Lehrerschaft und soll sie nicht nur anstellen können, sondern auch wählen. Zum Beamtenstatus: die SVP hat nicht abschliessend diskutiert. Persönlich ist die Parteienvertreterin der Meinung, der Status der gesamten Beamtenschaft sei zu überprüfen. Die Lehrerschaft braucht einen geschützten Wirkungsraum, zum Beispiel eine Amtsdauer von vier Jahren, mit Behördenwahl.

SP: Die Initiative im Kantonsrat zur Behördenwahl wird unterstützt. Die Lehrerschaft braucht Raum und Zeit. Sie soll nicht Zufälligkeiten wie Tagespolitik und Tagesgeschehen ausgesetzt sein. LQS: Es ist verknüpft mit demjenigen der andern Beamtinnen und Beamten im Kanton. Hier soll es keine Unterschiede geben. Die Frage ist nur, wer die Beurteilung vornehmen soll. Es braucht gut vorbereitete Leute, ausgewählte Mitglieder der Gemeindeschulpflegen. Die Strukturen müssen noch verfeinert werden. Viele Mitglieder der Schulpflege machen bereits Beurteilungen von Berufes wegen. Sie sollten ergänzt werden durch Fachleute, das ergäbe zwei Ebenen. Die Bezirksschulpflege als Rekursbehörde bleibt.

GP: Unterrichten zwei Leute im gleichen Schulzimmer, kennen sie einander. Wie soll das eine aussenstehende Person machen? Das Dubs-Modell würde mehr kosten, als was eingespart werden könnte. Auch 4×2 Stunden Aufwand genügen nicht. Die Möglichkeit der Zweitausbildung als Grundlage für eine Rückkehr in die Privatwirtschaft muss realisiert werden.

FDP: Der Beamtenstatus muss für das gesamte Personal geklärt werden. Die Schulpflegen wählen und beurteilen jetzt schon. Die Schulpflege ist am nächsten bei der Lehrerschaft. Die Partei stellt viele Schulpflegemitglieder und besetzt häufig Schulpflegepräsidien. Aber die Kapazität an Zeit ist fraglich. Gute Leute können es, wissen aber nicht wann! Die Bezirksschulpflegen sollten eingebaut werden. LQS: die strukturelle Besoldungsrevision (SBR) fordert die Leistungskomponente. Ob gerne oder nicht, bis jetzt konnte man die Lehrkräfte auch schon beurteilen, nur ist das bisher nicht so fundiert erfolgt. Die Schule wird durch Gespräche, welche daraus entstehen, verbessert. Es ergibt sich ein Gedankenaustausch und dieser führt zu positiven Veränderungen.

EVP: Die Fraktionserklärung liegt vor. Ein EVP-Vorstoss im Kantonsrat fordert, das LQS für alle beim Kanton Beschäftigten zu überprüfen. Der Parteivertreter ist dankbar, dass er schon pensioniert ist und das LQS nicht mehr persönlich erleben muss. Wie will man die Besoldung in den Griff bekommen? Wenn es darum geht, die Lehrkräfte zu verbessern, müssen andere als lohnwirksame Wege gesucht werden. Die LQS-Übung wird für Schulpflege und Lehrerschaft viel Bürokratismus auslösen, was nichts bringt. Gute Förderung und Beratung, ohne Lohnwirksamkeit, wäre wichtig. Diese Förderung und Beratung sollte über die ganze Laufbahn ausgebaut werden. Die Einsamkeit der Lehrkräfte muss gebrochen werden. Ein neues Gremium ist zu schaffen, eine stille Gruppe, welche sich dieser Probleme ernsthaft annimmt. Schulpflegen und Bezirksschulpflegen sind zu belassen.

CVP: Das QS kann, muss aber nicht an Besoldung gekoppelt werden. Die Beurteilung soll ausgebaut, aber nicht unbedingt lohnwirksam werden. Spar- oder Disziplinierungsmassnahmen sind verfehlt. Die vorgeschlagenen Strukturen sind nicht genügend für diese Aufgabe. Speziell ausgebildete Mandatsträgerinnen und -träger sind erforderlich. Anstellung: die Überprüfung der Volkswahl wird bejaht, aber nur, wenn ein neues Verfahren mehrstufig vorgesehen wird und rechtsstaat-

lich einwandfrei erfolgt. Eine faire Regelung muss gewährleistet sein. Die Abschaffung des Beamtenstatus wird abgelehnt. Die Lehrkräfte brauchen Freiraum.

Gesprächsleiter: Schulthemen werden in Zeitschriften im Moment sehr häufig aufgegriffen und abgehandelt. Eine breitere Öffentlichkeit nimmt sie als wichtiges Thema wahr. Diese Prozesse müssen auch innerhalb der Parteien ablaufen. Er zitiert aus einer Pressemitteilung eines Lehrerorganisations-Infomationsblatts eines grossen Nachbarkantons. Mit wachsender Besorgnis werde die Politisierung und das parteipolitische Gezänk auf dem Buckel der Schule beobachtet. Dies sei fragwürdig und entbehre oft der Sachkompetenz.

3. Restliche Fragen

- Neuer Lehrplan
- Menschenbild
- 5-Tage-Woche/Musikschule
- Quartierlehrpläne
- Mitspracherecht der Lehrkräfte

Sie kommen aus zeitlichen Gründen nicht mehr zum Zuge.

Gesprächsleiter: Er hofft, dass die Anwesenden trotzdem Einblicke in die Standpunkte der Parteien gewonnen haben und entschuldigt sich für die unbeantworteten Fragen. Er ruft dazu auf, Politikerinnen und Politiker abzuwählen oder zu wählen, sich einzumischen als Lehrkräfte und die Politik mitzugestalten, sowie bei Parteien zu Sachfragen aufzutreten und politisch aktiv zu werden.

14. Schlusswort des Synodalpräsidenten

Der Synodalpräsident dankt der Podiumsrunde. Die Eindrücke werden mitgenommen und sind für Lehrkräfte und Behördenmitglieder gleichermassen nützlich. Er richtet seinen Dank auch an allle, die bei den Vorbereitungen mitgeholfen haben, an seine beiden Vorstandsmitglieder und den Dirigenten, die Zumiker Behörden und die kantonale Verwaltung.

Die Einladung zum Apéro, anschliessend an den Schlussgesang, geht an alle Anwesenden. Das Bankett für die Angemeldeten und Geladenen findet anschliessend statt.

Der Synodalpräsident erklärt die 159. Versammlung der Schulsynode für beendet.

15. Schlussgesang

Mit der Wiederholung des Eröffnungskanons, unter der Leitung des Synodaldirigenten, findet die Versammlung um 12.35 Uhr ihren Abschluss.

Die Aktuarin der Schulsynode
Ruth Hofmann